

SCHALOM UND SALAAM

DER FRIEDENSPROZEß IM NAHEN OSTEN:

VERPFLICHTUNG ZUR DOPPELTEN SOLIDARITÄT UND DIE SCHWIERIGKEIT, DAMIT UMZUGEHEN

Jürgen Fischer

1. ANSICHTEN AUS ISRAEL „Meine Erinnerungen gehen lange zurück, 45 Jahre; ein kühler Morgen im Februar hier in meinem Kibbuz, fast noch Nacht, kurz vor der Dämmerung. Man klopf an die Türen: 'Schnell, steht alle auf, jeder an seinen Platz! Tirat Zwi ist umzingelt. Wir stehen vor einem Angriff!' Kaum zwei Schritte gehe ich zum Sammelplatz, und plötzlich Schüsse, wie aus hunderten von Gewehren; Explosionen von Granaten. Ich liege auf der Erde und krieche bis zum nächsten Haus. Ich muß mich schützen und auch mein Kind in mir, zwei Monate vor der Geburt. Mein Heim wurde damals angegriffen von Hunderten von Arabern. Ihr Plan war, uns alle zu töten und die Siedlung zu vernichten. So sicher waren sie sich über den Erfolg, daß sie die Nachricht darüber schon in aller Welt verkündigten. Wenn nicht die Hilfe Gottes in einem starken Regenfall - gäbe es heute niemanden, diese Zeilen zu schreiben. Die Angreifer blieben damals im Schlamm stecken. Ihre nassen Gewehre schossen nicht mehr. So blieben wir, Männer, Frauen und Kinder, am Leben; mit Schrecken im Herzen, aber doch mit tiefem Dank für unsere Rettung.“ (Alisa Friedman, Israel, zit. nach „Denkendorfer Kreis - Rundbrief Dezember 1993). In einem Gespräch mit dem Vizekonsul des Staates Israel in Berlin, Tibor Shalev Schlosser, betonte dieser zunächst die grundlegende Bedeutung des Friedensprozesses für die Zukunft Israels: „Israel ist ein kleines Land, umgeben von einer übermächtigen Phalanx arabischer Staaten, die uns bisher feindlich gegenüberstanden. Zum ersten Mal in unserer Geschichte gibt es für uns Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Konflikte.“ Er verwies darauf, daß die Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern nicht erst seit der Existenz des Staates Israel aufgebrochen ist, sondern viel länger zurückliegende Ursachen hat. „In den letzten einhundert Jahren hat sich bei beiden Völkern sehr viel beiderseitiger Haß aufgestaut. Wie ist es also möglich, dass beide Seiten heute miteinander reden?“ Tibor Schlosser nannte drei Aspekte, die eine zukünftige Annäherung denkbar machen:

1. haben nach dem Ende des sozialistischen Machtsystems die arabischen Staaten keine starke militärische und politische Unterstützung mehr gegen Israel, die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass es unmöglich ist, Israel militärisch auszulöschen.
2. ist in der Sicht der arabischen Staaten Israel als das „Ultraböse“ das in der Vergangenheit die gemeinsamen Interessen dieser Länder wesentlich prägte, abgelöst durch die Gefahren, die der islamische Fundamentalismus für die politischen Systeme in der arabischen Welt in sich birgt.
3. habe in den Ländern der Region ein psychologischer und sozialpsychologischer Reifeprozess eingesetzt. „Beide Kriegsparteien sind erschöpft. Und Israel hat vielleicht mehrere „heilige Kühe geschlachtet“, die unser Denken über Generationen hin bestimmt hat: das Trauma der Vertreibung des Volkes Israel vor 2.000 Jahren, das Trauma der Shoah, als niemand kam, die Juden zu retten, als auf der Welt keine Tür für sie offen war und das Trauma des tausendjährigen Streites mit den Arabern, die niemals das Existenzrecht Israels anerkannt haben.“

Aber der Frieden in Nahost ist ein „Frieden der alten Männer“, der israelische Ministerpräsident Rabin, der Stabschef des Sechs-Tage-Krieges von 1967, hat heute das „Recht“, die damals eroberten Gebiete zurückzugeben. Der syrische Präsident Assad kann gegen Ende seines Lebens die damals verlorenen Golan-Höhen „ehrenhaft“ zurückgewinnen und der jordanische König Hussein, würde gern Frieden schließen, um für sein Land das palästinensische Problem zu lösen. Auch Yasir Arafat, eine „pathetische Figur“, die unter den Palästinensern nicht unumstritten ist, erstrebt inzwischen eine friedliche und dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts. Hier liegen aber auch die Probleme. Es gibt auch auf israelischer Seite nach wie vor viele Unsicherheiten und Ängste. Gerade jüngere Leute im palästinensischen Lager sagen: „Wir haben den Krieg geführt, jetzt werden unsere Interessen verraten.“ - Die Euphorie des 13. September ist vorüber. Auf beiden Seiten gibt es Gegner des Friedensprozesses. Aber es gilt - so Tibor Schlosser - Unterschiede zu beachten: Unter den Palästinensern sei die Gewaltbereitschaft wesentlich größer als beispielsweise unter den jüdischen Siedlern. Immerhin wurden etwa 50 % der toten Palästinenser von Angehörigen des eigenen Volkes getötet. Und: Die Gegner des Friedensprozesses in Israel müssen und werden die demokratischen Mehrheitsentscheidungen respektieren. Bei den Palästinensern gibt es dafür keine Garantie, weil es keine politischen Voraussetzungen dafür gibt. Die Hoffnung? In ihren politischen und militärischen Handlungen hatten die Palästinenser bisher nichts zu verlieren. Kein arabischer Staat hat ihnen Autonomierechte eingeräumt. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte werden sie nun eigene Strukturen aufbauen, eine eigene zivile Gesellschaft errichten. Im Falle erneuter Konflikte ist da etwas, was sie verlieren könnten. - „Auch Israel ist kein 'weißes Schaf, unser Land kann viel mehr tun für die Palästinenser. Bisher waren

sie unser schlimmster Feind, wenn der Friedensprozeß praktisch fortgesetzt wird, haben wir viele Aufgaben und Möglichkeiten, die dazu beitragen können, den Frieden auch von palästinensischer Seite her zu festigen." - Der Weg hat erst begonnen, er wird sehr schwer werden und lange dauern, er braucht auch das Verständnis und die Unterstützung von Freunden.

2. ANSICHTEN AUS PALÄSTINA „Wie wir gelebt haben, wissen sehr wenige. Israel ist ein demokratisches, liberales und pluralistisches Land, aber nur für Israelis. Dort gibt es Menschenrechte, Krankenversorgung, Altersversorgung ... Bei uns ist alles das Gegenteil. Es gibt sehr viele Menschenrechtsverletzungen, die durch die Militärverordnungen legalisiert sind. Viele Familien leben gewaltsam getrennt in verschiedenen Regionen. Viele dürfen nicht in ihre Heimat zurückkehren und verlieren damit auch das Recht auf ihren Besitz. Die israelische Politik für uns war daß wir uns so wenig wie möglich entwickeln sollten. Das Land wurde uns unter den Füßen weggezogen, dort wurden israelische Siedler hingebacht. Unsere Existenz ist ständig bedroht, unsere Identität wird nicht wahrgenommen, unsere Natur unterdrückt. Aber die Welt will uns nicht glauben, sie möchte uns nicht anhören und auch die meisten Israelis wissen nicht, was bei uns los ist. Die einzige Form der Kommunikation zwischen Israelis und Palästinensern geht über die israelischen Militärsprecher. Durch die Besatzungspolitik, durch die Trennung der beiden Gesellschaften gibt es kaum private Kontakte. Das Verhältnis ist so, daß wir Israeli: nur als Soldaten kennen, denen wir täglich begegnen. Ich habe noch niemals ein israelisches Haus betreten, ich darf bis heute nicht nach Israel fahren. Andererseits haben uns die israelischen Menschen jahrzehntelang nur durch die Augen der Militärsprecher gesehen. Die Skepsis unter den Palästinensern ist sehr groß, ob Israel es wirklich ernst meint und Frieden haben möchte. Die Verbitterung in unserem Volk ist groß, die Wut ist groß - Die Politiker wissen, was sie wollen. Auf beiden Seiten galt für sie: „Wir wollen herrschen und über die anderen bestimmen.“ Jeder sagte: „Ich allein habe Recht!“ Und das hat uns überhaupt nicht weitergebracht. Ich glaube, es ist jetzt die Zeit, zu sagen: Wir beide haben Recht. Das Land gehört uns beiden; wir haben beide das Recht, hier zu leben.“ - Wir haben beide versucht, uns gegenseitig zu vernichten. Zum Glück haben wir es nicht geschafft. Inzwischen sind wir so miteinander verwachsen daß wir nicht trennbar sind und deshalb müssen wir einen Weg finden, auf der Basis von Partnerschaft gleichwertiger Menschen miteinander auszukommen. Wir sind keine Untermenschen. Oftmals fühle ich mich so gekränkt, weil ich Menschen in Europa und in der Welt beweisen soll, dass ich kein Mörder bin, dass ich einfach ein Mensch bin. Sie wollen uns nicht anhören! Bisher war es so, dass sie nur *über uns* gehört haben und nichts *von uns*. So viele Vorurteile! Auch die Menschen in Israel haben ihre Ängste. Das liegt an unserer gemeinsamen Geschichte und auch daran, dass wir wirklich fremde Menschen sind. Für die westeuropäisch dominierte israelische Kultur - auch für die Deutschen - haben wir ganz andere Lebensformen. Und die Deutschen haben in vielerlei Hinsicht natürlich zu uns nicht jene Beziehung, wie sie sie zu Israel haben und haben müssen. - Israel ist für die jüdischen Menschen Heimat und Geborgenheit. Aber wir haben im Zusammenhang mit der Stabilisierung des jüdischen Staates 200.000 Menschen verloren, darum sind die Israelis zu unserem Feind Nummer eins geworden. Nun haben zum ersten Mal in der Geschichte die Palästinenser über sich selbst verhandelt und zum ersten Mal hat auch Palästina das Existenzrecht Israels anerkannt. Die PLO ist ein Mittel, auf diesem Wege weiterzukommen. Aber wir wollen nicht ewig eine PLO haben. Die Anerkennung der PLO muß übergehen in eine Anerkennung des Volkes. Denn der Aufbau der palästinensischen Gesellschaft und des friedlichen Zusammenlebens mit Israel geht nicht nur über politische Verträge. Es hat keinen Zweck, wenn Politiker Verträge unterzeichnen und die Menschen noch nicht so weit sind, diese für sich anzunehmen. Gerade in dieser Hinsicht muß noch ungeheuer viel getan werden. Wie bringe ich den einfachen Menschen jetzt bei, neu zu denken, neu zu fühlen; sie zu überzeugen, daß jetzt eine neue Phase in unserem gegenseitigen Verhältnis beginnt; daß der andere es wirklich ernst meint, mich ernst zu nehmen, mir zu gönnen, was er für sich haben möchte? Wir müssen die Ängste der israelischen Menschen akzeptieren, und sie müssen unsere Ängste genauso berücksichtigen. Das ist sehr schwer, weil die Kluft, der Haß, die Verbitterung sehr tief sind. Unendlich viel Arbeit ist hier zu leisten. Und wir können sie nicht allein machen. Wir sind total am Ende: wirtschaftlich, politisch, menschlich. - Wir wollen es schaffen, aber wir brauchen Hilfe der anderen. Sehen wir uns an und entdecken: Wo ist Positives auf beiden Seiten und wie können wir diese positiven Strömungen stärken, damit sie dominierend werden? - Wir haben nach dem 13. September gehofft, „Jetzt kommt etwas ganz Großes, etwas ganz Neues!“ Wir haben gehofft, daß tausende politische Häftlinge entlassen werden. Viele von ihnen sind eingesperrt, weil sie Mitglieder der PLO sind, weil sie Fahnen getragen oder Flugblätter verteilt haben. Die meisten sind Jugendliche. Aber es gab bisher nur eine Amnestie für 760 Häftlinge, die Strafen von einigen Tagen oder Wochen hatten. - Vor einiger Zeit habe ich meinen Sohn im Gefängnis besucht. Die Häftlinge harten durch die Fenster ihrer Zellen gesehen: Überall jubelnde Menschen, überall die Fahne der PLO. Was ist los? Was ist geschehen? - Man hatte ihnen nichts gesagt von dem, was am 13. September in Gang gekommen ist. Es ist aber besonders wichtig, daß die Jugendlichen eine Zukunft bekommen, daß sie Hoffnung und Vertrauen gewinnen. Dazu brauchen wir konkrete, starke Maßnahmen, die die Men-

schen mit Freude erfüllen. Dieser gesamte Prozeß aber ist nicht nur auf das Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern zu reduzieren. Wir brauchen auch die Hilfe und das Verständnis Europas. Man sollte nicht glauben, die palästinensische Gesellschaft erstrebe eine autoritäre, an einen Führer gebundene Staatsstruktur. Es wäre falsch, die Unterstützung nur an eine Person oder Gruppe zu binden, von der das Ausland glaubt, sie würden Palästina repräsentieren. Wir sind heute PLO, ich fühle mich als Teil der PLO, auch wenn ich als unabhängige Frau kein Mitglied bin. Aber es geht in Zukunft darum, einen demokratischen Prozeß in der gesamten Gesellschaft reifen zu lassen. Es reicht nicht aus, wenn sich die großen Männer treffen und etwas unterzeichnen. Innerhalb der Autonomie und später vielleicht eines selbständigen Staates müssen sich demokratische Strukturen entwickeln. Die Machthaber denken als erstes immer: Polizei. Und die zukünftigen palästinensischen Polizisten befinden sich ja schon in den Trainingslagern. Aber wir brauchen eine neue, alles umfassende Infrastruktur: ein wirtschaftliches Leben, Systeme des Umweltschutzes, Sozial- und Bildungswesen, Krankenbetreuung, einen zivilen Staatsapparat... All das ist unterentwickelt oder nicht vorhanden. Aus der Not haben sich in der Vergangenheit hunderte Bürgerinitiativen gebildet, die die Keime für eine solche zukünftige Infrastruktur sind, und diese brauchen Hilfe und Unterstützung, sonst kollabiert unsere Gesellschaft. Ich will einige Beispiele erzählen: In den von Palästinensern bewohnten Gebieten Israels gibt es nur vier Krankenhäuser, die unter israelischer Verwaltung stehen. Obwohl sich die Bevölkerung fast verdoppelt hat, ist die Anzahl der Betten von insgesamt 850 auf 520 zurückgegangen. Die meisten sind leer. Eine Nacht kostet umgerechnet 450 DM, die die palästinensischen Patienten selbst bezahlen müssen, weil es keine Krankenversicherung gibt. Das kann sich kaum jemand leisten. So hat sich auf der Basis einer Bürgerinitiative eine palästinensische Nothilfeorganisation entwickelt, in der arbeitslose Mediziner in Mobilkliniken zu minimalen Kosten eine Krankenversorgung zu sichern versuchen. Unsere Klinik versorgt mittlerweile über 23 Dörfer in der Umgebung. Oder: Die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken ist eine staatliche Aufgabe, sie wird in den besetzten Gebieten nicht wahrgenommen. In meinem Heimatdorf haben wir uns gesagt: Die Kinder müssen von der Straße weg und wir haben eine Bibliothek gegründet, in der man Bücher ausleihen, aber auch anderen Beschäftigungen nachgehen kann. Wir veranstalten dort z.B. Seminare über Hygiene. Und wir haben gesagt: Das ist nicht die Angelegenheit einer Person, sondern Sache des Dorfes. 20 Einwohner sind so zu Gründern dieser Bücherei geworden. Ein letztes Beispiel: Es gibt bei uns noch keine Zivilgerichte. Die israelischen Militärbehörden verfolgen Vergehen gegen die Besatzungsordnung, aber was geschieht bei einem Autounfall, an dem nur Palästinenser beteiligt sind? In den letzten Jahren sind Volksgremien entstanden, die in solchen Fällen Entscheidungen treffen, die von der Bevölkerung akzeptiert werden, obwohl es keine gesetzlichen Grundlagen gibt. Damit sind viele religiöse, zeremonielle und abergläubische Elemente verbunden, aber manche Regelungen haben sich sehr bewährt. Einen Streit zwischen Christen entscheiden z.B. Muslime, und wenn Muslime zivilrechtliche Konflikte haben, werden Christen als Schiedsrichter akzeptiert. Unser gesellschaftliches Leben ist nur möglich, wenn einer dem anderen hilft und möglichst viele Menschen daran beteiligt sind. Dadurch ist ein starker basisdemokratischer Sockel entstanden, der für eine zukünftige demokratische Ordnung von großer Bedeutung ist. Hunderte von Bürgerinitiativen waren vor allem im Sozial- und Bildungsbereich faktisch zur Aktivität gezwungen, um minimale Formen gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Vor allem Frauen haben Antworten auf die Fragen gesucht: Wie beeinflußt man die Menschen in ihrem Alltagsverhalten, wo und wie kann man Not lindern, wie komme ich den Bedürfnissen der Bevölkerung nahe? Und auch, wenn Frauen in der arabischen Welt weniger öffentlichen Einfluß haben als Männer, ist die Fortsetzung dieser Arbeit von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft der palästinensischen Gesellschaft. Was da geschieht, ist von „oben“ nicht zu leisten, besonders nicht von denen, die in den letzten Jahrzehnten im Ausland lebten. Das hat inzwischen auch Arafat akzeptiert. Wir verstehen unsere Aufgabe in der Zukunft so, daß wir auch weiterhin für die Bewahrung der Menschenrechte praktisch eintreten müssen. Auch dann, wenn eine zukünftige eigene Regierung Menschenrechte verletzt, muß jemand da sein, der Einhalt gebietet. Selbst wenn in absehbarer Zeit der Grundkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern gelöst sein wird, gibt es nicht nur die Fragen des Neuaufbaus unserer Gesellschaft, sondern zahlreiche Konfliktherde, die uns vor neue Probleme stellen werden. Die gesellschaftliche Situation ist bei uns selbst und in dem gesamten Umfeld, in dem wir leben, noch auf lange Zeit äußerst kompliziert. Wenn ich dies zunächst im Zusammenhang mit unseren arabischen Nachbarn sehe, zeigt sich beispielsweise, daß zwischen uns und ihnen viele Probleme bestehen, die zum Teil auch mit der eben skizzierten Demokratieentwicklung zusammenhängen. Die anderen arabischen Staaten sind viel stärker zentralistisch strukturiert. Zwar orientiert sich Ägypten in vielen Fragen um Westen, aber die Wahlergebnisse liegen dort stets so um 99% für die Regierung. Das ist nicht gerade ein Ausdruck von Pluralismus. Die jordanische Regierung hat vor zwei Jahren gesagt, daß sie demokratische Verhältnisse schaffen wolle, und auch mehrere Parteien zugelassen, aber wenn es Probleme gibt, wird von Seiten der Mächtigen noch wie vor einfach zugeschlagen. Meiner Meinung nach ist es auch unsere Erfahrung und unser Engagement für basisdemokratische Prozesse, weshalb uns jetzt die arabischen Nachbarn loswerden wollen, weil sie ähnliche Entwicklungen im eigenen Land

fürchten. In diesem Sinne - muß ich sagen - ist ein Pan-Arabismus fiktiv, ist mir Israel viel näher als beispielsweise Marokko. Zum zweiten spielen natürlich religiöse Probleme eine wichtige Rolle. Palästina ist zwar traditionell multikulturell. Und in der Geschichte haben christliche, muslimische, jüdische Bevölkerungsteile relativ konfliktfrei nebeneinander gelebt. Aber natürlich werden religiöse Anschauungen auch politisch ausgenutzt. Es wird gesagt, „Gott hat gewollt, daß außer mir niemand herrsche“ und damit werden alle möglichen Machtansprüche begründet. In diesem Zusammenhang ist jegliche Art von Fundamentalismus für das Zusammenleben gefährlich. Ich bin freilich der Auffassung, daß der islamische Fundamentalismus in unserer Gesellschaft gegenwärtig keine große Rolle spielt, man muß jedoch zwei Gesichtspunkte beachten: Einerseits wird über die Medien den Fundamentalisten mehr Macht und Einfluß zugesprochen, als sie tatsächlich haben, sodaß sie sich schließlich wirklich mächtig fühlen, zum anderen haben die „abtrünnigen“ Muslime eher Gefahr zu fürchten, als wir Christen, so daß wir zunächst nicht primär vom islamischen Fundamentalismus bedroht sind. Aber in der Gesamtschau auf unsere Zukunft birgt der Fundamentalismus natürlich neue Probleme und Konflikte in sich. Zum Schluß möchte ich noch einmal auf des palästinensisch-israelische Verhältnis zurückkommen und an den Anfang meiner Gedanken anknüpfen: Eine grundlegend wichtige Seite für die friedliche und menschenwürdige Zukunft ist ja die lebendige Annäherung zwischen unseren Völkern. Auch hier gehen die Bestrebungen vor allem von Bürgerinitiativen aus. In den letzten Jahren hoben sich 56 Friedens- und Dialoggruppen gebildet, in denen israelische und palästinensische Bürgerinnen zusammenwirken. Man darf die Wirkung dieser Initiativen nicht überschätzen, sie sind im Ausland oft mehr bekannt als im eigenen Land, letztendlich sind es nur einige hundert Menschen, vor allem Frauen, die sich hier engagieren, aber ihre Arbeit hat einen unschätzbaren Wert. Die Menschen müssen gegenseitig sehen: Palästinenser sind nicht nur Terroristen und Israelis sind nicht nur Soldaten und Geheimpolizisten. Diese Annäherungsbewegungen begannen vor ca. vier bis fünf Jahren. Eine große Rolle spielen dabei kulturelle Aktivitäten. Es gibt einige israelisch-palästinensische Künstlergruppen, die zusammen arbeiten, es gibt eine Gruppe israelischer und palästinensischer Schriftsteller, die u.a. begonnen haben, Werke der jeweils anderen in die eigene Sprache zu übersetzen. Wir wissen viel zu wenig voneinander, wir kennen die Literatur, die Denkweise der anderen kaum, hier aber liegen lebenswichtige Wurzeln unserer zukünftigen Beziehungen. Was von beiden an Größe und Weisheit als Beginn für eine neue Ära eingebracht wurde, müssen wir pflegen und zum Wachsen bringen. Beide Völker haben ihr Trauma, wir sind beide krank, wir haben beide unsere Ängste und müssen sie gegenseitig akzeptieren. Wer hat mehr gelitten? Leid ist Leid. Und erst, wenn man versteht, daß beide krank sind, kann es einen Weg zur Heilung geben.“ (Die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser während eines Gesprächs im Europäischen Kulturzentrum)

3. EIN DEUTSCHES PROBLEM „Für die Menschen im Nahen Osten: Eine: Wir beten für die Menschen überall auf der Welt, besonders für die Menschen im Nahen Osten. Alle: Gott, zeige uns, wie wir als Nachbarn miteinander leben können, einander verstehen und achten. Wir bitten Dich, daß für das palästinensische Volk eine gerechte und verständnisvolle Lösung gefunden wird.“ (Aus der Liturgie zum Weltgebetstag 1994) Beten gegen Israel! - Diesen Vorwurf erhoben kurz nach Erscheinen der Texte zum Weltgebetstag der Frauen für das Jahr 1994 zahlreiche christliche und jüdische Kritikerinnen. Im vergangenen Jahres hatte die Geschäftsführerin des Deutschen Weltgebetstagskomitees, Dr. Ulrike Bechmann, in den Erläuterungen zum Weltgebetstag geschrieben: „Im Oktober 1991 trafen sich in Madrid Vertreterinnen Israels, der arabischen Staaten und erstmals Vertreterinnen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten ... zur Eröffnung von Verhandlungen über den Nahostkonflikt... , im Sommer 1993, dauern die Verhandlungen immer noch an und bei vielen Menschen nähern sich die Zweifel, ob noch eine tragfähige Lösung gefunden werden kann.“ Dann kam 13. September 1993. Mit ihm die Hoffnung rasche und dauerhafte Fortschritte im Friedensprozeß im Nahen Osten. Am 18. September forderte der Deutsche Koordinierungsrat Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit eine „grundlegende Revision der Gebetsordnung zum Weltgebetstag der Frauen“. Seine Kritik richtete sich vor allem darauf, daß „darin ausschließlich das Leiden der palästinensischen Frauen und Kinder geschildert“ wird. „Die unter dem Terror palästinensischer Gruppen und Folgen des Golfkrieges leidenden jüdischen Frauen werden dagegen nicht genannt.“ Kritisiert wird weiterhin, daß „die Passionsgeschichte einseitig für die Palästinenser in Anspruch genommen wird, die unter Israel leiden“. Dies weckt „fatale Erinnerungen an die jahrhundertelange antijüdische Auslegung der Passionsgeschichte durch die Kirche. Israel und Juden(tum) kommen in den Texten nicht vor. Sind sie verdrängt? Die zum Ausdruck gebrachte allgemeine Sympathie mit unterdrückten Frauen in aller Welt kann darüber nicht hinwegtäuschen ... Die Verfasserinnen der Texte scheinen uns keine Wegbereiterinnen des Friedensprozesses zu sein. In dieser Einseitigkeit darf am 4. März 1994 nicht in christlichen Kirchen gebetet werden!“ Am gleichen Tag bezogen die deutschen Weltgebetstagskomitees Ost und West, die sich in Erfurt trafen, zu den kritischen Äußerungen Stellung, die bis dahin bereits verschiedentlich geäußert worden. „Die Palästinenserinnen beschreiben *ihre* Wirklichkeit... Die Frauen setzen mit ihrer politischen Haltung ein deutliches Zeichen für Frieden. Sie treten für einen

Staat Palästina neben Israel ein und stellen das Existenzrecht des Staates Israel nicht in Frage. Die palästinensischen Frauen wissen sich dabei in Übereinstimmung mit israelischen Frauen- und Friedensinitiativen. Sie nennen jedoch sie nicht ausdrücklich, weil sie sie nicht für sich vereinnahmen wollen ... Bei der Übertragung jeder Weltgebetstagsordnung bemühen sich die beiden Komitees, die Authentizität des ursprünglichen Textes zu bewahren. Die „Stimme der fernen Schwestern“ soll zuerst gehört und nicht durch eine eigene Interpretationen ersetzt werden. Zugleich ist jede Weltgebetstagsordnung der Beginn eines Prozesses. In den Gottesdiensten wird die Liturgie jedes Jahr von den Frauen vor Ort durch selbstgestaltete Teile wie Information, Verkündigung und Fürbitten vertieft. Darin wird auch unsere vergangene und gegenwärtige Verstrickung in die Situation benannt werden können...“ Es folgten heftige Auseinandersetzungen, in der scheinbar grundverschiedene Positionen zur Weltgebetstagsordnung 1994, zur Verpflichtung der Deutschen gegenüber Israel, zur Bewertung der jüngsten Vorgänge im Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern und zur Stellung der Kirche in diesem Spannungsfeld aufeinanderprallten. Laien, Prälaten, Landesbischöfe, Kirchenräte, Mitglieder und Freunde jüdischer Gemeinden beteiligten sich mit sensibler Nachdenklichkeit oder harschen Vorwürfen. Noch am 21. Januar 1994 erreichte uns ein Brief aus Erfurt, in dem auf eine vom Europäischen Kulturzentrum geplante Gesprächsrunde Bezug genommen wird: „Wenn die Palästinenserin, die mit dem Herrn Vizekonsul des Staates Israel öffentlich diskutieren sollte, von ihm als Gesprächspartnerin nicht akzeptiert wird, weil sie mit diesem Material in Verbindung steht, so ist diese Absage nur allzu verständlich, in dem Land, von dem der Holocaust ausging, darf es eine so parteiische Stellungnahme nicht geben. Ich hoffe, daß sie auch nicht auf andere Weise hier ein Podium erhält.“ Betrachtet man die Motivationen, aus denen heraus die Kontrahenten mit ihren gegensätzlichen Meinungen aufeinanderstießen, ist dem veröffentlichten Material bei Kritikern und Befürwortern ein im Grundsatz übereinstimmender Ansatz zu entnehmen: Landesbischof Dr. Engelhardt mahnte zu besonnener Einbeziehung der Nöte und Ängste israelischer Menschen in den Gottesdiensttext und schrieb zur Begründung: „Die Not und Bedrückung, die palästinensische Frauen erlebt haben und erleben, machen es begreiflich, daß ihre Bedrängnisse in den Vordergrund treten... (Aber) aus der Perspektive von außen kann nicht unberücksichtigt und unausgesprochen bleiben, daß umgekehrt auch israelische Frauen Not und Bedrängnis von palästinensischer Seite erfahren, daß Bürger des Staates Israel palästinensischem Terror ausgesetzt waren und sind und daß über Jahrzehnte und - zumindest teilweise - bis zum heutigen Tage das Existenzrecht des Staates Israel von Vertretern der palästinensischen Sache in Frage gestellt und bestritten wird ...“ Bereits 1993 hieß es in den Erläuterungen der deutschen Weltgebetstagskomitees, die den Text des Weltgebetstages 1994 nicht ändern will: „Es ist für die Tradition der Weltgebetstagsarbeit selbstverständlich, daß sie sich nicht einer Kritik an Israel anschließt, die den Staat in seiner Existenz gefährdet. Ebenso selbstverständlich ist es für Weltgebetstagsfrauen, jeglichen alten und neuen Antisemitismus zu bekämpfen. Wenn wir in diesem Jahr die Stimme der Palästinenserinnen hören, dann geschieht dies im Bewußtsein der engen Verquickung der Leiden beider Völker mit unserer Geschichte.“ In einem von Vera Kronenberg, der Präsidentin des Bundes Schweizerischer Israelitischer Frauenvereine unterzeichneten Statement, das die propalästinensische Einseitigkeit der Liturgie ablehnt, heißt es: „Unser Mitleiden umfaßt alle Bedrängten, Schwachen und Verfolgten. Sie finden sich nicht nur unter Palästinensern. Wir denken auch an die vielen unschuldigen israelischen Opfer, die durch Palästinenser ums Leben kamen. Unsere Trauer gilt aber auch den unzähligen Palästinensern, die durch Menschen ihres eigenen Volkes zu Tode gebracht werden.“ Und in einem Artikel von Schalom Ben-Chorin in den „Israel-Nachrichten“ vom 24. September 1993 kritisiert der Autor den tendenziösen Charakter des Liturgietextes, aber auch bei ihm ist zu lesen: „Die palästinensischen Frauen haben berechnete Ängste und daher werden sie die Liturgie so verwenden, wie sie sie entworfen haben“. Jedoch dürfe man nicht übersehen, „daß auch das jüdische Volk in Israel ein leidendes Volk ist, ein Volk der Überlebenden der Schoah und deren Kinder und Enkel, ein Volk, dem seine arabischen Nachbarn Anerkennung und Frieden versagen und das Tag und Nacht in Angst vor Terroranschlägen und Überfällen leben muß.“ Vor dem Hintergrund dieser gemeinsamen Grundüberzeugung, daß es um das Leid und die Ängste *beider* Völker gehen muß, stellen sich für den Außenstehenden die Auseinandersetzungen, die viel Kraft und Zeit gekostet haben, als äußerst problematisch dar. Da haben vor mehreren Jahren im Auftrag des Weltgebetstagskomitees sieben christliche Palästinenserinnen unterschiedlicher Konfession: evangelisch-lutherisch, griechisch-orthodox, armenisch, griechisch-katholisch und anglikanisch einen Vorschlag für die Weltgebetstagsordnung 1994 verfaßt. Dies geschah zu einer Zeit, als es schien, daß für lange Zeit ein Frieden unmöglich sein würde. Die Autorinnen sind keine Theologinnen, sondern gläubige Laien, die versucht haben, ihr eigenes Lebensgefühl in einer Gebetsordnung zu äußern. Nicht nur in Anbetracht der Fortschritte in den Friedensverhandlungen wäre es eine besondere Verantwortung der Deutschen gewesen, - im eigenen Land und in der internationalen Wirkung - den Blick dabei auch auf das Leid der jüdischen Bevölkerung zu lenken, - nicht, um die Palästinenserinnen mundtot zu machen, sondern um einen wirklich konstruktiven Beitrag zu Verständnis und Zusammenarbeit zu leisten, um „doppelte Solidarität“ tatsächlich zu üben. Stattdessen wurde ein deutscher Verfahrens- und Methodenstreit in

Gang gesetzt, der droht, die gute Absicht in ihr Gegenteil zu verkehren. Es wird einem schon recht unbehaglich, wenn man bedenkt, daß die Vorbehalte zuerst von jüdisch-israelischer Seite geäußert werden mußten, um in Deutschland überhaupt eine Diskussion in Gang zu bringen. Aber die Versuche verschiedener Initiativen, unter dem Aspekt einseitiger Parteinahme ein kirchliches Verbot der Weltgebetstagsordnung zu erreichen, sind auch keine Lösung. Sumaya Farhat-Naser, Professorin für Biologie an der Universität Bir Zeit, sagte in Erfurt: „Natürlich liegt im Text die Möglichkeit einer positiven und einer negativen Auslegung. Die palästinensischen Frauen, die die Gebetsordnung verfaßt haben, sind Laien. Sie äußern sich so, wie sie ihren Glauben verstehen. Sie identifizieren sich beispielsweise mit dem Text der Passionszeit, danach kommen für sie Erlösung und Hoffnung. Und sie haben den Text auch nicht für deutsche Frauen geschrieben. Es wäre gut gewesen, wenn rechtzeitig Gespräche stattgefunden hätten, wenn die kritischen Fragen diskutiert worden wären.“ Gelegenheit dazu hätte es gegeben. Fünf der sieben Verfasserinnen waren im letzten Jahr in Deutschland und zeigten sich anfangs durchaus gesprächsbereit. Im eigenen Profilierungsstreben zu verharren, die moralische und politische Seite der Probleme im Dickicht schultheologischer Erörterungen zu verunklären und am Ende sieben Frauen aus Palästina die Verantwortung für die Schwierigkeiten der Deutschen im Umgang mit dem Anteil der eigenen Geschichte an den Problemen und Konflikten im Nahen Osten aufzubürden, wirft der Welt und den Betroffenen gegenüber nicht gerade ein Glanzlicht auf unsere deutsche Fähigkeit zur Humanität, zum sensiblen Umgang mit Konfliktparteien, deren Probleme wir wesentlich mit verursacht haben. Der Erfurter Theologe Prof. Dr. Rüdiger Lux hat in einem Kommentar zum Friedensabkommen zwischen Israel und der PLO von der dreifachen Belastung gesprochen, die die Haltung der Deutschen zu allen Vorgängen im Nahen Osten beeinflusst: „Jeder, der in Deutschland zum Frieden zwischen Israel und den Palästinensern das Wort nimmt, muß wissen, daß in den Worten immer auch seine unausgesprochene Geschichte mitredet. Ohne das Wissen um diese Geschichte können selbst wohlmeinende Worte zu neuen Verletzungen führen. Ich rede als Christ, als Deutscher und als ehemaliger DDR-Bürger. Deshalb ist mein Kommentar ein dreifach belastetes Wort:

1. Als Christ trage ich mit an der Last des Antijudaismus und des Antipaganismus, an der Verwerfung des „Judentums“ und der „Heidenvölker“ durch die Kirche. Juden und Heiden waren für die Kirche häufig entweder Objekte der Mission oder - wenn diese nicht gelang - von Mißtrauen und Verachtung. So begannen die Kreuzzüge zur „Befreiung des Heiligen Landes“ von den „Feinden Gottes“, den Moslems, mit der Verfolgung und Abschlachtung der sogenannten „Feinde Gottes“ im eigenen Lande, der Juden. Juden und Heiden wurden gleichermaßen zu Blutopfern von Christen.

2. Als Deutscher trage ich mit an der Last des Antisemitismus, der schließlich zu sechs Millionen jüdischen Opfern, der Shoah, geführt hat und zur fast vollständigen Vertreibung der Juden aus Deutschland. Ich trage aber auch mit an den Folgelasten, die diese Vertreibung für Israelis und Palästinenser im Nahen Osten mit sich brachte.

3. Als ehemaliger DDR-Bürger trage ich mit an der Last des Antizionismus, der durch eine einseitige antiisraelische und propalästinensische Politik der ehemaligen SED-Führung propagiert wurde. Die oft plumpe antizionistische Propaganda der SED und ihre keineswegs nur humanitäre, sondern auch militärische Unterstützung der PLO haben dem Frieden im Nahen Osten nicht gedient...“ Zum Schluß kommt er zu der Hoffnung: „Es sieht so aus, als hätten sich Juden, palästinensische Christen und Moslems aufgemacht, um (den) schmalen Weg der Gewaltlosigkeit miteinander zu versuchen. Sicherlich können wir Christen in Deutschland viel tun, damit diese zarte Pflanze der Gewaltlosigkeit nicht gleich wieder zertreten wird. Wir können aufhören damit, gute Ratschläge zu geben. Wir können versuchen, ein öffentliches und politisches Klima in unserem Land zu schaffen, das eine ökonomische Aufbauhilfe ermöglicht. Und wir können beten für den Frieden in Israel und Palästina, dafür, daß die Gewaltlosen das Land erben, das so lange eine Beute der Gewalttätigen gewesen ist.“ Die Auseinandersetzungen um die Weltgebetstagsliturgie sind bis heute nicht beendet. Es scheint so, als wäre diese wichtige und große Möglichkeit verpaßt, als Deutsche - auch nach außen hin sichtbar - aktiv und produktiv den Friedensprozeß im Nahen Osten in seiner Komplexität zu unterstützen. Es bleibt die Hoffnung, daß sich in den Frauengruppen, die sich am 4. März zum Weltgebetstag zusammenfinden, nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen in den letzten Monaten, die angemahnte und behauptete „doppelte Solidarität“ tatsächlich äußert. Wie schwer „Verständnis“ und „Zusammenarbeit“ wirklich zu praktizieren sind, haben die Tendenzen der Diskussion in Deutschland gezeigt.

Erschienen in:

VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 13/ 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>